VERMÖGENSABSCHÖPFUNG DURCH ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

Infolge überlasteter Behörden blüht die organisierte Kriminalität auf. Riesigen Gewinnen in Höhe von vielen Milliarden Euro stehen nur geringe Sicherstellungen von kriminell erworbenem Vermögen gegenüber. Die tatsächlich eingezogenen Erlöse sind noch niedriger.

2015
63 Mio
vorläufig sichergestellt
nur ca. 1,072 Mio
Einnahmen für den Fiskus

Kriminelle machen jährlich Milliardengewinne. Die hessische Justiz stellte 2015 nur ca. 63 Mio. Euro aus Straftaten vorläufig sicher. Die endgültigen Einnahmen für den Fiskus betrugen ca. 1,072 Mio. Euro, 2016 waren es 8,4 Mio. Euro.

Erlöse aus Straftaten werden durch die Strafverfolgungsbehörden mangels Personals nur unzureichend eingezogen.
In Folge lohnt sich Verbrechen und es entsteht weitere Kriminalität.

Foto: istockphoto.com | Sagadogo | EvgeniyShkolenko

Hessen. Aber sicher!
Wählen Sie Sicherheit, Recht und Ordnung.
Wählen Sie die AfD.

IHRE PERSÖNLICHE CHECKLISTE

		Zustimmung?
1	Sind Sie für die **konsequente Abschiebung** aller abgelehnten Asylbewerber und Ausreisepflichtigen?	○
2	Sind Sie für den **Stopp des Familiennachzugs** für subsidiär geschützte Migranten?	○
3	Sind Sie für die **Ablehnung des UNO-Migrationspaktes**?	○
4	Sollen die **Strafen für Messerangriffe** erhöht werden?	○
5	Wollen Sie, dass Kriminellen ihre **Beute weggenommen** wird?	○
6	Wollen Sie, dass Kriminelle beweisen müssen, woher das Geld stammt?	○
7	Wollen Sie der organisierten Kriminalität einen Riegel vorschieben?	○

Am 28. Oktober mit beiden Stimmen AfD wählen!

AfD Hessen /AfD_Hessen

www.afd-hessen.org

LANDESVERBAND HESSEN
AfD

V.i.S.d.P.: AfD Hessen - Pressestelle - Wasserweg 4 - 60594 Frankfurt am Main - E-Mail: info@afd-hessen.de - Telefon: (069) 872 09 222 - Titelfoto: istockphoto.com | MatasMatteo - Agenturfoto. Mit Modell gestellt.

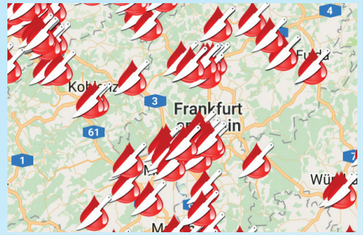
Faktenblatt

Innere Sicherheit, Asyl, Kriminalität

LANDESVERBAND HESSEN
AfD

INNERE SICHERHEIT

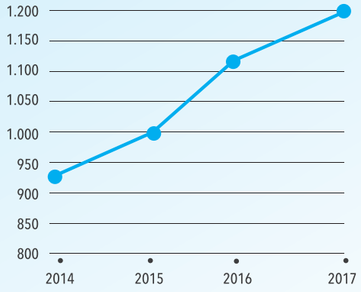
Messerattacken in Hessen



Die Massenzuwanderung von 2014 bis 2017 hat zu einem starken Anstieg von Messerattacken von deutlich über 20 % geführt. Der Anteil der ausländischen Täter die Messerattacken begehen, liegt bei knapp 56 %, wovon ein hoher Anteil aus Afghanistan, Syrien, Somalia und der Türkei stammt.

Ein Messerangriff auf den Torso muss als Tötungsabsicht vor Gericht gewertet werden. Die Mindeststrafen sind zu erhöhen.

Steigerung Messerangriff



http://www.fnp.de/rhein-main/blaulicht/immer-mehr-Messerattacken-in-Hessen;art25945,2940439

ASYL

222.683
Asylanträge
wurden 2017 in Deutschland gestellt.

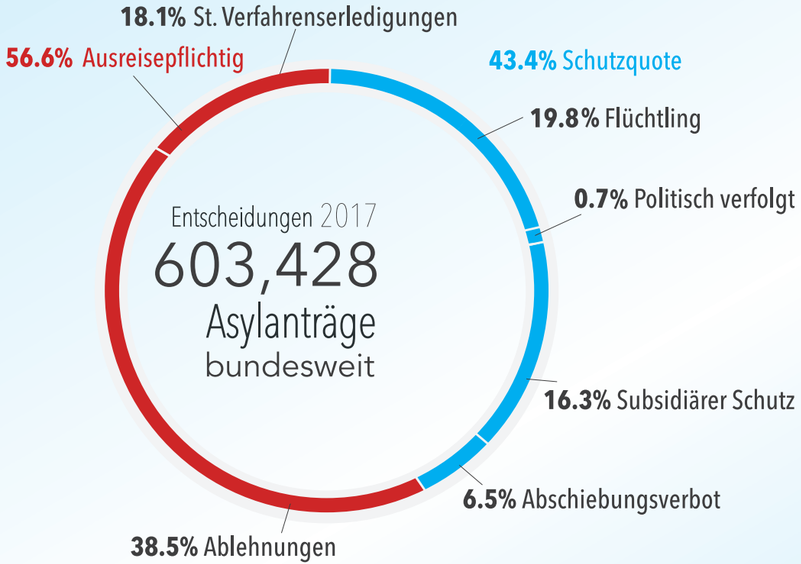
15.812
davon in Hessen

Insgesamt wurden im gleichen Zeitraum bundesweit **603.428 Asylentscheidungen** getroffen.

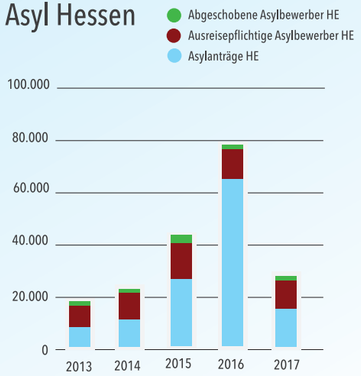
Im Jahr 2017 waren bundesweit 228.859 Asylbewerber rechtskräftig ausreisepflichtig. Abgeschoben wurden jedoch nur 23.966, was einer **Abschiebequote von 10 %** entspricht.

Das Verhindern des Abschiebens wird oft durch Untertauchen, Identitätsverschleierung oder Schaffung künstlicher Abschiebehindernisse herbeigeführt. Mehrfachregistrierung und Leistungserschleichung durch Migranten sind mit allen verfügbaren technischen Mitteln zu verhindern.

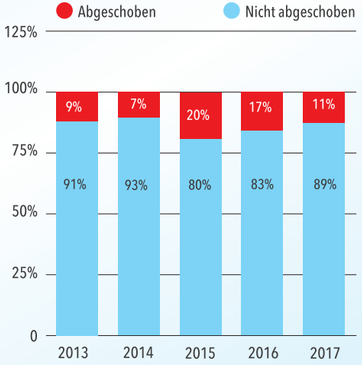
Wir fordern für Hessen zentrale Registrierungsstellen, gekoppelt an das Bundesministerium des Inneren, zur Durchführung der Identitäts- und Altersfeststellung.



Asyl Hessen



Abschiebequoten in Hessen
2013 - 2017



Wir fordern die konsequente Abschiebung aller rechtskräftig Ausreisepflichtigen

Familiennachzug. So werden Sie getäuscht!

Monatelang rangen die Altparteien um den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte, also Migranten ohne Flüchtlingsschutz oder Asylberechtigung! Die dürfen seit August 2018 nun 1.000 Menschen pro Monat, plus Härtefälle, nachholen.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit läuft der Familiennachzug für alle anderen Bleibeberechtigten jedoch längst auf Hochtouren! Zwischen Januar 2015 und April 2018 hat die Bundesregierung **322.000 Visa zur Familienzusammenführung erteilt**, vor allem an Syrer. **Achtung: Diese Angehörigen werden in keiner Asylstatistik erfasst!**

„Der Familiennachzug ist der Sargnagel für unser Sozialsystem."

Alice Weidel
Fraktionsvorsitzende
der AfD im Bundestag

Aus illegal mach legal: der UNO-Migrationspakt

Die Vereinten Nationen (UN) haben sich Mitte **Juli 2018 final** auf einen „Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration" geeinigt. **Mit aktiver Beteiligung der Bundesregierung** befürworten 190 Staaten ein weltweites Steuerungssystem für Migration. Nur Ungarn und die USA zogen sich zurück.

Deutschland verpflichtet sich darin, „die Verfügbarkeit und Flexibilität von Wegen regulärer **Migration auszudehnen**". – Parallel zum Migrationspakt soll noch in diesem Jahr ein „Globaler Pakt für Flüchtlinge" folgen. Kernpunkte sind: **mehr „Rettungsaktionen auf See", mehr „Neuansiedlungsprogramme", mehr Familiennachzug.**

„Wenn diese Entschließung bindend wird, verlieren wir einen wesentlichen Teil unserer Souveränität."

Prof. Jörg Meuthen
AfD-Bundesvorstand und
EU-Parlamentsmitglied

Der Zuwanderungsbedarf hat sich ausschließlich am nationalstaatlichen Interesse zu orientieren.
Die Bundesländer haben die Pflicht, die Überforderung der Kommunen zu verhindern. Hessens ökonomische Stabilität und die Erhaltung unserer kulturellen Identität sind die Basis des sozialen Friedens in unserem Land. Familiennachzug in unsere Sozialsysteme, auch besonders per Ankerkinder, ist konsequent zu unterbinden! Geldleistungen an Asylbewerber sind durch Sachleistungen zu ersetzen.
Integration ist eine Bringschuld der Migranten. Die deutsche Sprache zu erlernen, die Kultur zu akzeptieren und die bestehende Rechtsordnung verpflichtend anzuerkennen, ist hierfür Grundvoraussetzung und von den Migranten bedingungslos einzufordern. Die AfD befürwortet ausschließlich Staatsbürgerschaft durch Abstammung, das Geburtsortsprinzip muss aus dem Gesetz gestrichen werden.